

Kritikos, Alexander S.

**Article**

## Politische Lage in Griechenland zunehmend instabil

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Kritikos, Alexander S. (2012) : Politische Lage in Griechenland zunehmend instabil, DIW Wochenbericht, ISSN 0012-1304, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 79, Iss. 44, pp. 24-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/67562>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder

# Politische Lage in Griechenland zunehmend instabil

Die Fakten zuerst: Das griechische Bruttoinlandsprodukt befindet sich im freien Fall. Für das Jahr 2012 wird wie für 2011 ein Minus von sieben Prozent erwartet, und für 2013 ein weiteres Minus von drei bis vier Prozent. Die Wirtschaftsleistung des Landes dürfte dann innerhalb von fünf Jahren insgesamt um rund 25 Prozent geschrumpft sein. Das schlägt sich mit einer Arbeitslosenrate von 25 Prozent in dramatischer Form auf dem Arbeitsmarkt nieder. Katastrophal ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Rund 55 Prozent aller frisch aus der Ausbildung kommenden Menschen haben keinen Job. Man spricht bereits von einer verlorenen Generation.

Daneben hat Griechenland ein zweites Problem. Seit Jahren ist es Anlaufstelle für Flüchtlinge aus arabischen, asiatischen und afrikanischen Staaten. Diese Flüchtlinge wollen in den Norden Europas, bleiben aber aufgrund des Dublin-II-Abkommens in dem EU-Land hängen, in das sie zuerst eingereist sind, also in Griechenland. Derzeit halten sich dort mindestens 1,5 Millionen Flüchtlinge auf – das entspricht immerhin rund 15 Prozent der Bevölkerung – meist in der Illegalität, ohne Aufenthaltsgenehmigung und ohne Job.

Die Flüchtlingsproblematik verschlimmert die ohnehin schon schlechte wirtschaftliche Situation. Und die Politiker haben aus Sicht der griechischen Bürger auf beides keine Antwort, weder die griechischen noch die in den anderen EU-Staaten, in denen man sich der Flüchtlingsproblematik und der damit verbundenen Schwierigkeiten bequem entledigt hat.

Eine solche Melange aus Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und unkontrolliertem Flüchtlingszuzug ist brandgefährlich. Und so verwundert es nicht, dass sich die Wähler extremen Parteien zuwenden. Besorgniserregend ist der Aufstieg der Chryssi Aygi („Goldene Morgenröte“) – eine faschistische Bewegung, die zum Teil die Exekutivgewalt im Land übernimmt. Sie stürmen mit Schlagstöcken von Flüchtlingen illegal betriebene Marktstände, und die Polizei steht taten-

los daneben. Gleichzeitig erobern sie sich die Zuneigung der Bevölkerung, indem sie Nahrungsmittel an Bedürftige verteilen oder ältere Frauen zum Einkaufen begleiten, die sich allein nicht mehr auf die Straße trauen.

Chryssi Aygi liegt mittlerweile in den Umfragen bei rund zehn Prozent. Insgesamt ist ein weitaus größerer Teil der griechischen Bürger radikalisiert; so versammelt das sozialistische Linksbündnis Syriza weitere 20 Prozent hinter sich. Die politische Lage ist instabil und zerbrechlich, und es wird Zeit, Griechenland nicht nur Sparprogramme abzuverlangen.

Um es deutlich zu sagen: Es war richtig, von Griechenland eine Sanierung des Staatshaushalts einzufordern. Das ist insofern geschafft, als der Primärsaldo wieder nahezu ausgeglichen ist. Von erheblicher Last sind die Zinszahlungen, die den griechischen Staatshaushalt weiterhin zum Sorgenkind ersten Grades machen. Zurzeit fließen alle Hilfszahlungen der EU nach Griechenland hinein und werden dann zur Zinstilgung zurück überwiesen. Viele sehen daher einen zweiten Schuldenschnitt als notwendig an.

Aber es ist eine Illusion zu glauben, dass die griechische Wirtschaft in naher Zukunft von allein wieder auf die Beine kommt. Um der wirtschaftlichen Abwärtsspirale und damit auch dem Zulauf zu den extremen Parteien etwas entgegenzusetzen, braucht es zweierlei aus der EU. Zum einen die Sicherheit für private Investoren, dass Griechenland im Euro bleibt. Hier hat die Bundesregierung mit ihrem jüngsten Bekenntnis zu einem Verbleib Athens in der Euro-Zone ein wichtiges Signal gesetzt. Zum anderen bedarf es einer gezielten Wachstumsstrategie. Die EU wird Investitionsmittel zur Finanzierung einer schlüssigen Innovationspolitik für das Land bereitstellen müssen. Die fragile politische Situation in Griechenland macht deutlich, dass die Zeit für eine solche Entscheidung drängt. Vielleicht beflügelt ja die Vergabe des Friedensnobelpreises an die EU die Entscheidungsfindung.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
[www.diw.de](http://www.diw.de)  
79. Jahrgang

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tilman Brück  
Prof. Dr. Christian Dreger  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Dr. Martin Gornig  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

#### Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert  
Nicole Walter

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Sebastian Kollmann  
Dr. Richard Ochmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Dr. Stefan Bach  
Dr. Guido Baldi  
Christoph Große Steffen

#### Textdokumentation

Lana Stille

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
Nicole Walter  
Tel. +49-30-89789-250  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 7477649  
Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.